

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Harald Meußgeier

Abg. Patrick Grossmann

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Tim Pargent

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Bernhard Pohl

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Harry Scheuenstuhl

Abg. Benjamin Miskowitsch

Abg. Martin Huber

**Präsidentin Ilse Aigner:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

**Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dieter Arnold, Harald Meußgeier u. a. und Fraktion (AfD)**

**Deutsche Umwelthilfe in die Schranken weisen! Zweifelhafte Klage- und Abmahnpraxis beenden! (Drs. 19/549)**

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Als Erster hat Herr Kollege Harald Meußgeier das Wort.

(Beifall bei der AfD)

**Harald Meußgeier (AfD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kollegen, liebe Gäste auf der Tribüne! Im Nachgang möchte ich mich noch bei Herrn Söder bedanken, dass er in seiner Regierungserklärung sehr viele Punkte von der AfD übernommen hat.

Nun zu unserem Antrag. Eine unversehrte Natur, weniger Müll, saubere Luft und sauberes Wasser – wer von uns möchte das nicht? Ihre Wirksamkeit zieht die Deutsche Umwelthilfe aus dem Umstand, dass sie für das vermeintlich Gute streitet. Gemäß ihrer Satzung verfolgt die Deutsche Umwelthilfe das Ziel, den Natur- und Umweltschutz sowie den Verbraucherschutz insbesondere durch Aufklärung und Beratung der Verbraucher zu fördern. Die DUH hat circa neun Millionen Euro im Jahr an Einnahmen. Das Geld kommt aus öffentlicher Hand, von Ländern, Bund und EU, privaten Stiftungen, Abmahngebühren, Spenden, Sponsoring-Beiträgen von Privat und Unternehmen sowie Mitgliedsbeiträgen.

Das klingt zunächst einmal positiv und harmlos, meine sehr verehrten Damen und Herren. Tatsächlich hat sich die DUH aber vor allem durch eine zweifelhafte Abmahn- und Klagepraxis hervorgetan. Vornehmlich steht die Automobilindustrie im Fokus der selbsternannten Umwelt- und Verbraucherschützer, speziell die heimische Automobilindustrie. Von den Aktivitäten der DUH profitieren vor allem Automobilhersteller aus

dem Ausland. In der Vergangenheit hatte der japanische Automobilkonzern Toyota auch eine enge Kooperation mit der DUH. Allein dieser Umstand spricht Bände! Doch was der Chef von Toyota Deutschland nach Beendigung der Zusammenarbeit mit der DUH äußerte, ist geradezu entlarvend. Toyota beendete die Kooperation letztendlich aufgrund der umstrittenen und emotionalisierenden Kampagnen der Umwelthilfe. Somit war offensichtlich geworden, dass die DUH keine neutrale Stelle ist, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Tim Pargent (GRÜNE): Sie muss nicht neutral sein!)

Gerade in Zeiten wie diesen, in denen der internationale Wettbewerb härter wird, müssen wir als verantwortliche Politiker alles tun, um unsere Unternehmen vor Schaden zu bewahren.

(Beifall bei der AfD)

Der Abmahn- und Klagewut der DUH und anderer Naturschützer sind auch bayerische Unternehmen ausgesetzt. Der Freistaat Bayern ist von diesem Treiben massiv betroffen. Somit liegt es auch im bayerischen Interesse, die Fragwürdigkeit und standortgefährdenden Praktiken der Abmahner wie der DUH zu unterbinden. Die DUH überdehnt hier nicht nur extrem den eigentlichen Vereinszweck, sondern ist durch die Vielzahl an Abmahnverfahren schon hart an der Grenze des Missbrauchs unseres Rechtssystems.

(Beifall bei der AfD)

Das kann man auch daran erkennen, dass ihre Abmahngebühren circa 30 % der Einnahmen entsprechen. Neueste Enthüllungen entlarven die sogenannte Umwelthilfe als eine bezahlte Lobbyagentur mit falschem grünen Anstrich.

(Beifall bei der AfD)

Die Ressourcen der Justiz sind ohnehin knapp und werden durch klagewütige Vereinigungen überstrapaziert. Es wird also allerhöchste Zeit, dass die DUH den Status der Gemeinnützigkeit verliert. Sie sollte auch nicht länger mit Steuergeldern gefördert werden, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Allerdings geht es uns nicht nur um die DUH. Auch andere Vereinigungen wie Greenpeace und der Bund Naturschutz, die ihre eigenen Zwecke und Ziele überdehnen und missbrauchen, gehören auf den Prüfstand.

(Beifall bei der AfD – Tim Pargent (GRÜNE): Größter Umweltschutzverband Bayerns!)

Geprüft werden müsste, ob die Gemeinnützigkeit bei diesen Vereinen noch besteht. Aktuelles Beispiel hierzu: Der Bund Naturschutz klagt wegen des Garchinger Forschungsreaktors.

Mit unserem Antrag fordern wir die Staatsregierung auf, sich auf allen Ebenen hierfür einzusetzen. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Vielen Dank. – Als Nächster spricht der Kollege Patrick Grossmann für die CSU-Fraktion.

**Patrick Grossmann (CSU):** Liebe Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen, verehrte Kollegen! In meiner Zeit als Bürgermeister der Gemeinde Sinzing im Landkreis Regensburg hat sich Sinzing gemeinsam mit dem Gemeinderat auf den Weg gemacht, drei Windkraftanlagen im Wald zu bauen. Damals gab es noch keine Ausnahme von der sogenannten 10-H-Regelung. Die Windräder hatten einen Abstand von ungefähr 1.200 bis 1.500 Metern zur letzten Wohnbebauung. Somit mussten wir ein Bauleitplanverfahren durchführen. Dazu gab es dann auch einen Bürgerentscheid. Die Bürger

haben sich für den Bau dieser drei Windkraftanlagen ausgesprochen. So konnten wir nach drei Jahren die Satzung für den Bebauungsplan beschließen.

Den Worten sollten Taten folgen. Wir wollten mit dem Bau beginnen, aber uns erreichte eine Klage des Vereins für Landschaftspflege, Artenschutz und Biodiversität – VLAB – in Bayern. Dann ging es vor Gericht, und in letzter Instanz hat das Gericht den Bebauungsplan aufgehoben. Das Baurecht war futsch. Es gab Defizite in der artenschutzrechtlichen Abwägung. Wir mussten unter anderem gemäß dem Bayerischen Windenergie-Erlass an 18 verschiedenen Tagen im Jahr die Flugbewegungen geschützter Vogelarten untersuchen, zum Beispiel des Rotmilans. Ein findiger Gutachter des VLAB kam zu dem Ergebnis, dass an 5 von diesen 18 Tagen die Flugbedingungen nicht ganz optimal waren. Somit wurde der gesamte Bebauungsplan aufgehoben.

Jetzt fragen Sie sich vielleicht: Warum erzählt der das heute?

(Zurufe: Ja!)

Ich kann es Ihnen sagen. Ich war damals wirklich mehr als verärgert. Wir haben viel Zeit und Energie investiert. Wir wollten wirklich die Windkraftanlagen bei uns im Gemeindegebiet bauen. Dann kam durch diese Klage des VLAB alles ins Wanken. Ich habe mir damals gedacht: Mensch, der Verein für Landschaftspflege und Artenschutz ist doch ein reiner Abmahnverein. Der ist doch nur dazu da, Windanlagen in Bayern und ganz Deutschland zu verhindern. – Liebe Kolleginnen und Kollegen der AfD, warum ist dieser Verein beispielsweise nicht in Ihrem Antrag enthalten?

Ich mache aus meinem Herzen keine Mördergrube. Ich spreche für die gesamte CSU-Fraktion, wenn ich sage: Die Vorgehensweise der Deutschen Umwelthilfe geht uns dermaßen gegen den Strich,

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der AfD)

aber wir fassen das weiter. Das hat unser Ministerpräsident in der Regierungserklärung letzte Woche auch ganz klargemacht. Uns geht es nicht darum, einzelnen Verei-

nen die Gemeinnützigkeit zu entziehen, sondern wir wollen das Verbandsklagerecht insgesamt eindampfen und abschaffen. Dafür setzen wir uns auf EU- und Bundesebene ein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich finde, es muss auch noch weitergehen. Wir müssen auch gesetzliche Rahmenbedingungen verändern. Wir haben klargemacht, dass das Aus des Verbrennungsmotors, das die EU für 2035 beschlossen hat, nicht in unserem Sinn ist. Wir werden dafür sorgen, dass das wieder abgeschafft wird;

(Toni Schuberl (GRÜNE): Neuzulassungen!)

denn wir wollen Technologieoffenheit. Unsere Automobilkonzerne sollen Elektrofahrzeuge weiterentwickeln, aber auch umweltfreundliche Verbrennungsmotoren,

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

damit unsere Autofahrer auch wieder in den Städten fahren können. Es kann nicht sein, dass sowohl Kommunen als auch Autofahrer als auch unsere Automobilindustrie mit Klagen überzogen werden.

Wenn ich dann in Ihrem Antrag lese, liebe Kollegen von der AfD, dass Sie mit Ihrem Antrag die heimische Wirtschaft stärken wollen, muss ich schon schmunzeln. Ihre Kollegen spionieren für Russland und China, und Sie wollen die heimische Wirtschaft stärken. Das ist doch ein Hohn. Ihr Antrag lenkt davon nur ab.

(Widerspruch, Lachen und Beifall bei der AfD)

Wenn Sie tatsächlich der Deutschen Umwelthilfe oder Greenpeace die Gemeinnützigkeit entziehen wollen, wenden Sie sich an Ihre Kollegen in Baden-Württemberg und in Hamburg. Dort haben diese Vereine ihren Sitz. – Der Antrag ist abzulehnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Zu einer Zwischenbemerkung erteile ich dem Kollegen Martin Stümpfig das Wort.

**Martin Stümpfig (GRÜNE):** Herr Grossmann, Sie haben jetzt in Ihrem Redebeitrag relativ sehr gut dargestellt, was eigentlich Kern des Problems ist, nämlich nicht das Klagerecht von Verbänden, sondern schlecht gemachte gesetzliche Rahmenbedingungen. So ist es zum Beispiel mit dem Windenergie-Erlass der Bayerischen Staatsregierung. Er ist so löchrig. Wir haben diesen Fall des VLAB, der von Horst Seehofer als Verband zugelassen wurde, obwohl er nie etwas mit Naturschutz zu tun hatte. Der VLAB ist nur darauf gegangen, weil er gesehen hat, dass es hier Lücken in der Gesetzgebung gibt. Wir haben immer wieder eingefordert, dass man das rechtssicher macht.

Das ist nicht passiert. Man hat Klagemöglichkeiten Tür und Tor geöffnet. Wie Sie richtigerweise sagen: Es musste windstill sein, es durfte keine Thermik entstehen. Dann konnte der VLAB reihenweise gegen Windräder erfolgreich prozessieren. Ich sage heute: Das war so gewollt und gewünscht. Es war gewollt. Dass die Staatsregierung so schlechte Gesetze macht, ist das eigentliche Problem.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Patrick Grossmann (CSU):** Lieber Kollege Stümpfig, ich habe in meiner Rede dargestellt, dass es uns nicht um einen einzelnen Verein geht. Wir wollen beides ermöglichen. Einerseits brauchen wir Technologieoffenheit in der Automobilindustrie sowohl für den Verbrennungsmotor als auch für Elektrofahrzeuge. Andererseits müssen wir im Bereich der Windkraft vorankommen. Wir haben mit den Ausnahmegenehmigungen bei der 10-H-Regel vieles getan.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als Nächster spricht der Kollege Tim Pargent für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Tim Pargent (GRÜNE):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Deutschland ist ein Rechtsstaat. Das Gemeinnützigkeitsrecht legt die Gemeinnützigkeit für Vereine und Verbände fest. Die Finanzämter der jeweiligen Länder entscheiden. Im Fall der Deutschen Umwelthilfe liegt die Zuständigkeit bei Behörden des Landes Baden-Württemberg. Im Streitfall entscheiden in Deutschland Gerichte. An diesem rechtsstaatlichen Verfahren würde dieser Antrag zum Glück nichts ändern. – Nein, er ist vielmehr ein tiefer Ausdruck der politischen Willkür der AfD. Die AfD will einen Verband nur noch dann als gemeinnützig anerkennen, wenn es ihr als opportun erscheint. Das ist ein Angriff auf die politische Neutralität der Gemeinnützigkeit und letztlich ein Angriff auf die Rechtsstaatlichkeit in Deutschland.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ja, es gibt Verbände, die für manche unliebsame Forderungen stellen. Es gibt auch Verbände, die auf Grundlage unserer Rechtsordnung – sei es bei Windkraftanlagen oder aufgrund von Aspekten des Umweltschutzes – klagen. Das ist aber aufgrund der Rechtslage ihr gutes Recht. Dass die AfD der Deutschen Umwelthilfe die Gemeinnützigkeit entziehen will, ist aus unserer Sicht ein Angriff auf die Rechtsstaatlichkeit. Man sieht an diesem Fall einmal, was käme, wenn Sie von der AfD an die Macht kämen: Sie würden die kritische Zivilgesellschaft, die Ihnen nicht in den Kram passt, mit allen Mitteln bekämpfen, obwohl die Deutsche Umwelthilfe für den Klima- und Umweltschutz – ein Gemeinnützigkeitsgrund – bestehendes Recht einklagt. Was daran nicht in Ordnung sein soll, verstehe, wer will. Das Einzige, was nicht in Ordnung ist, ist das höchst fragwürdige Verständnis der AfD vom Rechtsstaat.

Mir bereitet Sorgen, dass derartige Forderungen auch vonseiten der CSU und der FREIEN WÄHLER immer mal wieder erhoben werden. Ich bitte die Regierungsfractionen, über die zugrunde liegende Rechtslage nachzudenken und Angriffe auf Verbän-

de, die entsprechend vorgehen, zu unterlassen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Zu einer Zwischenbemerkung erteile ich dem Kollegen Prof. Hahn das Wort.

**Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD):** Geschätzter Herr Pargent von den GRÜNEN, Sie nutzen jedes Unwetter – wir haben das eben wieder gesehen –, um Angst vor der sogenannten Klimakatastrophe zu schüren. Sie unterscheiden gar nicht zwischen Klima und Katastrophen, die es schon immer gegeben hat.

Die Ampel hat die Hilfen für Klimakatastrophen seit 2022 von 830 Millionen Euro auf 550 Millionen Euro reduziert. Das ist eine Kürzung um etwa ein Drittel. Meiner Meinung nach ist das ein Riesenwiderspruch. Meine Frage lautet: Versuchen Sie nicht, gezielt Panik vor einer Klimakrise zu machen? Gleichzeitig kürzen Sie auf Bundesebene die Mittel für die Kompensation von Katastrophenschäden. Meiner Meinung nach ist das ein Offenbarungseid Ihrer grünen Partei. Meine Frage lautet: Wollen Sie die Bürger für dumm verkaufen?

(Beifall bei der AfD)

**Tim Pargent (GRÜNE):** Ich verstehe, ehrlich gesagt, nicht, was Ihre Frage mit der Tagesordnung zu tun haben soll, bei der es um das Gemeinnützigkeitsrecht geht. Weil ich die Geschäftsordnung kenne, fühle ich mich an sie gebunden und spreche nur zur Tagesordnung. Deswegen antworte ich nicht auf Ihre Frage.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als Nächster spricht der Kollege Bernhard Pohl für die FREIEN WÄHLER.

**Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER):** Frau Präsidentin, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Pargent hat offenbar tiefere Einblicke in diesen Antrag, weil er ihn für rechtsstaatswidrig hält. Mir mit meinem schlichten Gemüt fällt nur auf: Dieser Antrag ist unendlich dumm.

(Zuruf des Abgeordneten Ferdinand Mang (AfD))

Er ist unendlich dumm und nicht durchdacht. Ich will Ihnen das kurz erläutern.

Die Staatsregierung soll sich auf allen Ebenen – welchen? – dafür einsetzen, Gesetzesgrundlagen – deswegen meine ich auch, dass das mit der Rechtsstaatlichkeit nicht passt – zu schaffen, um – jetzt wird es wieder interessant – gezielt Umwelt- und Verbraucherschutzvereinigungen die Gemeinnützigkeit zu entziehen. Dies soll jedoch nur dann geschehen, falls ihnen "nachgewiesen wird, deutschen Wirtschaftsunternehmen zu schaden und ausländischen Unternehmen, Organisationen oder Staaten bei der Ausschaltung ihrer deutschen Wettbewerber zu helfen".

Das heißt also, die Staatsregierung soll tätig werden; aber nur dann,

(Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

wenn deutsche Unternehmen durch ausländische Wirtschaftsunternehmen, Organisationen und Staaten ausgeschaltet worden seien. Außerdem müsste die Staatsregierung – dafür ist sie jedoch weder zuständig, noch hat sie dafür das Personal – den Beweis führen, dass diese Unternehmen durch ausländische Organisationen eliminiert wurden. Es tut mir leid, es zu sagen: Ich habe in den 16 Jahren meiner Tätigkeit in diesem Hohen Haus schon einige Anträge gelesen; aber von den mir jemals vorgelegten Anträgen gehört dieser zu denen, die am wenigstens durchdacht sind.

(Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

Der Antrag ist nicht vollziehbar und damit definitiv nicht zustimmungsfähig. Wer ist denn für die Entziehung der Gemeinnützigkeit zuständig? – Nicht die Bayerische

Staatsregierung, sondern die Finanzämter. Wo hat die Deutsche Umwelthilfe ihren Sitz? – In Radolfzell. Wenn Sie eine Landkarte bemühen, werden Sie unschwer feststellen, dass Radolfzell in Baden-Württemberg liegt. Manch einer mag Allmachtsfantasien haben und meinen, dass der Freistaat Bayern über seine Grenzen hinaus herrschen und entscheiden könne; aber das – da bin ich ganz beim Kollegen Pargent – ist mit deutscher Rechtsstaatlichkeit nicht vereinbar. Wenn man sich das Ganze etwas überlegt hätte, dann hätte man an dieser Stelle diesen Antrag stoppen können.

Ich komme auf die Praxis gewisser Organisationen zu sprechen, zu denen auch die Deutsche Umwelthilfe zählt. Kollege Pargent, in dieser Hinsicht kann ich Ihre Kritik ganz und gar nicht nachvollziehen; denn bei einer gewissen selbstkritischen Betrachtung, auch wenn es sich dabei um einen Lobbyverband handelt, der Ihrer Partei nahesteht, sollte zumindest die Erkenntnis reifen, dass die Deutsche Umwelthilfe mit fragwürdigen Methoden arbeitet. Das kann man unterstreichen. Es gibt noch weitere Organisationen. Im Antrag ist die Rede von "sog. Umwelt- und Verbraucherschutzvereinigungen". Ich würde das gerne auch auf andere Organisationen ausweiten und will Ihnen dafür ein Beispiel geben.

Sie kennen das Bündnis "Aktion Deutschland Hilft", denke ich. Das Bündnis hat sehr prominente Unterstützer im Kuratorium etc. Vielleicht erinnern Sie sich an die Katastrophe im Ahrtal. Vielleicht ist Ihnen der Waffenhersteller Heckler & Koch bekannt. Die Belegschaft von Heckler & Koch hat für die Opfer der Flutkatastrophe im Ahrtal einen fünfstelligen Geldbetrag gesammelt und an "Aktion Deutschland Hilft" überwiesen, damit das Geld den betroffenen Menschen zugutekommt. Das Bündnis "Aktion Deutschland Hilft" hat diese Spende abgelehnt, weil sie von einem Rüstungs- und Waffenhersteller stamme. Das ist unanständig. Das ist tatsächlich ein Punkt, wo ich frage, ob das mit der Gemeinnützigkeit, die das Allgemeinwohl im Auge hat, noch vereinbar ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zuruf des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

Es gibt durchaus bei der Deutschen Umwelthilfe fragwürdige Mechanismen. Ich bin da ganz beim Kollegen Grossmann: Ja, das ist ein gutes Beispiel dafür, dass wir das Verbandsklagerecht abschaffen sollten. Wir müssen da – möglicherweise erst nach einem Regierungswechsel im nächsten Jahr – mit geballten Kräften an den Bund herantreten. Dieses Verbandsklagerecht muss weg.

Wir müssen wieder zu dem Grundsatz zurück, dass nur der ein Klagerecht hat, der in seinen eigenen Rechten betroffen ist; denn alles andere ist übrigens willkürlich. Der eine Verband kriegt ein Verbandsklagerecht, der andere kriegt es nicht. Warum eigentlich? – Das kann nicht sein.

Kollege Pargent, wir müssen auch schauen, dass wir – völlig egal, um welche Organisation es sich handelt: Umweltverband, Wirtschaftsverband – die Ideologie raushalten, wo Gemeinnützigkeit im Spiel ist. Da bin ich dann wieder dabei.

Sorry, diesen Antrag kann man nur ablehnen. Aber die Diskussion über die Deutsche Umwelthilfe und über Verbandsklageverfahren werden und müssen wir im Interesse von Wirtschaft und Gesellschaft führen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vom Kollegen Meußgeier vor. Bitte schön.

**Harald Meußgeier (AfD):** Herr Kollege Pohl, der Anfang Ihrer Rede war, muss ich sagen, ein bisschen müßig. Im letzten Teil sind Sie fast zum Gleichen wie unser Antrag gekommen. Im Endeffekt fordern wir dasselbe: Wir wollen diesen Verbänden das Klagerecht aberkennen.

Ich muss Ihnen eines sagen: Im Februar haben CDU/CSU und FDP im Bundestag letztendlich genau das gefordert, was ich heute gefordert habe. Was sagen Sie dazu?

**Präsidentin Ilse Aigner:** Bitte schön, Herr Kollege Pohl.

**Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER):** Herr Kollege, Punkt eins: Ich bin im Bayerischen Landtag und habe da genug zu tun. Ich kann mich nicht auch noch damit befassen, was im Bund richtig oder falsch läuft.

Wenn Sie in der zweiten Hälfte meiner Ausführungen ernsthaft gehört haben, dass ich Ihrem Antrag zuneige, dann hätten Sie sich mal zu Gemüte führen müssen, was ich in der ersten Hälfte gesagt habe. Dieser Antrag ist wirr, ist konfus und hat keinen – so würde ich juristisch sagen – vollstreckungsfähigen Inhalt. Selbst wenn man ihm zustimmen würde, dann wüsste die Bayerische Staatsregierung überhaupt nicht, was sie tun sollte. Soll sie jetzt Detektive ansetzen, wer den deutschen Wirtschaftsunternehmen schadet?

Damit bleibt es dabei: Dieser Antrag ist rundweg abzulehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Kollege Pohl. – Nächster Redner ist Herr Kollege Harry Scheuenstuhl für die SPD-Fraktion.

**Harry Scheuenstuhl (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Minister! Die AfD ist nicht nur ein sicherheitspolitischer, sondern – wie man heute wieder sieht – auch ein ökologischer Verdachtsfall.

(Beifall bei der SPD)

Sie versuchen heute, Umweltverbände mit der Keule "Wir nehmen euch die Gemeinnützigkeit" unter Druck zu setzen und gefügig zu machen. Dieser Antrag ist in vielerlei Hinsicht falsch und problematisch.

Wir sind für den Erhalt der Natur – nicht nur für uns, sondern auch für unsere Kinder und Kindeskinde – und für den Erhalt der Schöpfung.

(Beifall bei der SPD)

Ihnen fehlen die Liebe und die Treue und die Heimatverbundenheit. Die fehlen Ihnen, und deswegen haben Sie Angst vor einer kleinen Organisation, die hier etwas im Sinne des Umweltschutzes bewegen könnte.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Na, wirklich nicht!)

Ich glaube, dass Sie nicht für Deutschland sprechen, sondern eher für andere Nationen.

(Lachen bei der AfD)

Da können Sie solche Anträge stellen. Machen Sie das dort und schauen Sie, dass es dort mal zu ordentlichem Umwelt- und Verbraucherschutz kommt.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen in einer Demokratie selbstverständlich verschiedene Meinungen und Ansichten aushalten können. Das bedeutet auch, dass Vereine, Organisationen, politische Mitbewerber, die uns vielleicht unbequem sind, ihr Recht wahrnehmen dürfen, sich zu äußern und gegebenenfalls auch rechtliche Schritte einzuleiten.

In Deutschland sind gemeinnützige Zwecke in der Abgabenordnung definiert: Ein Zweck ist gemeinnützig, wenn er "darauf gerichtet ist, die Allgemeinheit auf materiellem, geistigem oder sittlichem" – ich weiß, da haben Sie Schwierigkeiten – "Gebiet selbstlos zu fördern."

Wir leben glücklicherweise in einem Rechtsstaat, in dem es nicht ohne Weiteres möglich ist, Organisationen zu verbieten oder ihnen die Gemeinnützigkeit zu entziehen, nur weil sie einem gerade nicht in den Kram passen. Ich darf an der Stelle mal die Kirchen und die AWO nennen.

Wollen Sie auch diese Organisationen bedrohen und gegen sie die Keule schwingen? Ist das Ihr Weg in einer demokratischen Gesellschaft? – Unserer ist es nicht.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der AfD – Zuruf)

Das mit Baden-Württemberg haben schon verschiedene Leute gesagt. Wenn Sie nicht einmal wissen, wohin Sie einen Antrag schicken müssen, dann stellen Sie lieber gar keinen.

Wichtig ist natürlich auch: Sie und verschiedene Parteien haben angedeutet, was hier gemacht wird, wäre rechtswidrig oder könnte rechtswidrig sein. Das ist aber bereits 2019 vom Bundesgerichtshof geprüft worden.

Ich weiß nicht: Wenn Sie schon einen Quellennachweis bringen, dann lesen Sie Ihr Glump doch auch und sagen Sie nicht, man sei nicht in der Lage und es bestünden rechtliche Bedenken. Es ist doch schon 2019 geprüft worden, liebe Leute!

(Heiterkeit bei der SPD, der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn ihr nicht lesen könnt, dann schreibt auch keine Anträge oder holt euch einen, der sich auskennt.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme noch mal darauf zurück: Wer glaubt, dass so ein Verband die deutsche und bayerische Industrie schrecken kann, der liegt falsch. Im Gegenteil arbeitet man mit diesen Organisationen sogar zusammen, weil man ja ein ökologisches Profil und die Jugend haben möchte. Man möchte auf der Höhe der Zeit sein.

Ich sage deshalb abschließend noch einmal: Kollegen und Kolleginnen – – Entschuldigung, Abgeordnete der AfD! Es fehlt Ihnen die Liebe zur Heimat.

(Lachen bei der AfD)

Sie sind eher auf der anderen Seite. Sie sind bei der Abwägung eher gegen als für die Menschen, die hier und auch in Europa leben. Lassen Sie solche Spielchen! Hände weg von unseren gemeinnützigen Organisationen!

(Beifall bei der SPD – Ferdinand Mang (AfD): Gemeinnützig? – Heiterkeit bei der AfD)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Herr Kollege Scheuenstuhl, vielen herzlichen Dank für Ihren Wortbeitrag. – Es gibt zwei Zwischenbemerkungen, die erste vom Herrn Kollegen Benjamin Miskowitsch, CSU-Fraktion.

**Benjamin Miskowitsch (CSU):** Sehr geehrter Herr Kollege, Sie haben die Deutsche Umwelthilfe als kleinen Verein eingeordnet, der sich um Anliegen kümmert. Ich habe jetzt mal schnell im Jahresbericht 2023 nachgeschaut. Dort werden als Einnahmen durch ökologische Marktüberwachung 3.123.317 Euro verbucht. Wenn das die kleinen sind, könnten Sie mir dann sagen, wer in Deutschland die großen Umweltverbände sind?

**Harry Scheuenstuhl (SPD):** Ich muss jetzt mal sagen: Das ist doch alles schon geprüft worden. Was wollen Sie überhaupt? – Seien Sie doch froh, dass diese Organisationen anscheinend rechtmäßig Geld bekommen. Wieso wehren Sie sich dagegen? Was soll das? Was ist das für ein Gefrage? – Ich verstehe das nicht. Die 3 Millionen sind für den Umwelt- und Verbraucherschutz. Freuen Sie sich; hurra!

(Beifall bei der SPD)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Eine weitere Zwischenbemerkung kommt vom Herrn Abgeordneten Huber, AfD-Fraktion.

**Harry Scheuenstuhl (SPD):** Noch eine? Von wem?

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Hier, rechts außen.

(Heiterkeit)

**Martin Huber (AfD):** Hier bin ich, ganz rechts. –

**Harry Scheuenstuhl (SPD):** Ich schaue selten rüber nach rechts. Ist nicht meine Heimat.

**Martin Huber (AfD):** Es ist ja in Ordnung, wenn Sie über uns herziehen. Aber, lieber Kollege, erstens bedrohen wir keine Verbände; sicherlich nicht. Wir wollen die Diskussion anregen, weil es anscheinend Missstände gibt.

Zweitens. Diese Wortwahl! Wir würden bedrohen, und wir wären nicht für die Heimat – bitte mäßigen Sie sich! Wenn, dann wird die AfD von Linksautonomen bedroht. Aber das, was Sie da machen, ist einfach nicht angebracht. Bitte, wir bedrohen keine Verbände.

(Beifall bei der AfD)

**Harry Scheuenstuhl (SPD):** Ich zähle mich nicht zu den Linksautonomen. Diese Unterstellung weise ich zurück.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Huber (AfD))

– Dann wählen Sie Ihre Worte ordentlich! Wenn Sie eine Organisation wie zum Beispiel die Arbeiterwohlfahrt, die Spenden bekommt, das Rote Kreuz, die Caritas, die Kirchen an den Grundfesten berühren und sagen, wir ziehen denen den Schemel unter den Füßen weg, und dann behaupten, Sie bedrohten sie nicht, dann tut es mir leid: Dann sind Sie falsch gewickelt. Dann prüfen Sie in Zukunft, was Sie für Anträge stellen und was das für Auswirkungen hat. Fragen Sie nicht mich, fragen Sie doch mal Ihre Berater.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Kollege Scheuenstuhl. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind alle anderen Fraktionen. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.